

Social = Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter = Vereins.

Redigirt von J. B. v. Hoffkotten und J. B. v. Schweifer.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 2 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 1 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. Sdb., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. **Inserate** (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Deutschland.

Berlin, 28. Nov. [Zur Drohnnotengeschichte und vormächtlichen Allianz] versichert jetzt die „Nordd. Allg. Ztg.“ offiziös, daß „von Preußen stets nur verlangt worden sei, daß Frankfurt durch den Bundestag an die Erfüllung seiner Pflicht, für die nöthige Rücksichtnahme auf die Würde des Bundes zu sorgen, gemahnt werde“. Also wirklich der Bund und keine Vormächtelei mehr? Die „Köln. Ztg.“ dagegen, welche aus zuverlässiger Quelle geschöpft haben will, beharrt auf ihrer Ansicht, daß die täglich aus Wien erwartete Antwort die Sache einer Verständigung nicht näher bringen werde. Die Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden Cabinetten beruhe auf einem seit Jahren offenkundigen principiellen Gegensatz hinsichtlich der Bundestags-Competenz, und der Frankfurter Fall enthalte für keine der beiden Mächte ein Gewicht, durch welches sie zum Verlassen ihres bisherigen Standpunktes sich gedrängt sehen könnte. Die Verhandlungen, die so weit, pro forma, geführt worden seien, dürften mit der gegenwärtigen österreichischen Antwort einschlafen.“ Mag nun das Eine oder das Andere richtig sein, so viel steht fest, daß die vormächtliche Allianz nicht so gefährlich ist, als sie aussieht. „Es ginge wohl, aber es geht nicht.“

[Die feudale Zeidler'sche Corresp.] meint: „Die nächste Kammeression werde nur sehr kurz sein.“ Sie schreibt, äußerst zuversichtlich und kampflustig:

Wir glauben, daß die Regierung bei dem ersten Ausbruch einer Leidenschaftlichkeit, welche das praktische Wirken zu einem bloßen Schein- und Formelwerk herabdrückt, die Session schließen wird, daß daher schon eine Rede, wie diejenige, mit welcher Herr Grabow die Session einleitete, ein Motiv zur Entlassung der Kammer liefern würde.

Nur zu!
[Die Pr.-Litth. Ztg.] berichtet einen Präcedenzfall, auf welchen sich zu berufen unsere gegenwärtigen Pressverhältnisse wohl noch Veranlassung geben dürften. Der Redacteur der „Hartung'schen Ztg.“, welcher bekanntlich gegenwärtig zur Verbüßung der gegen ihn wegen Pressvergehens erkannten Strafen sich in Haft befindet, wurde auf seinen Antrag am Tage der Stadtverordneten-Wahlen auf 4 Stunden seiner Haft entlassen, damit er als Wähler seine Bürgerpflicht erfüllen konnte.

[Ueber die Schulze'schen Genossenschaften] schließt die „Köln. Ztg.“ ihre Artikel, speciell über die Solidarhaft bei denselben:

Demnach ist das Resultat unserer Erörterung: Die Solidarhaft eignet sich aus besonderen, ganz speciellen Gründen für die Schulze'schen Handwerker-Genossenschaften; aber sie eignet sich durchaus nicht, als Norm auch für die Arbeiter-Genossenschaften

ausgestellt zu werden. Die Pioniere von Rochdale und fast alle anderen englischen Arbeiter-Genossenschaften haben ganz mit Recht gleich nach dem Erscheinen des Gesetzes, welches die Gesellschaften mit beschränkter Haftbarkeit (anstatt der bisherigen Gesamthast) zuläßt, sich als solche constituirt. Unser Urtheil stimmt also in so fern ganz mit dem, welches schon 1858 Herr B. A. Huber im „Arbeitsgeber“ (Nr. 113, 24. Nov. 1858) dahin aussprach: „Bei jener deutschen Genossenschaft mit unbeschränkter solidarischer Haftbarkeit zu Beschaffung eines relativ bedeutenden Capitals, um von vorn herein den Betrieb mit einer gewissen Breite eröffnen zu können, — bei dieser gleichsam als orthodox proklamirten Methode hat man jedenfalls nur an das Handwerk, oder eigentlich nur an die Handwerksmeister gedacht.

[Das Obertribunal] hat vor Kurzem den Rechtsgrundsatz aufgestellt, daß in einer Exekution gegen den Ehemann eine Beschlagnahme der Mobilien der Frau selbst dann zulässig ist, wenn die die Möbel bergende Wohnung von der Frau gemiethet worden ist, vorausgesetzt, daß der Ehemann von dem Miethbesitz der Wohnung nicht ausdrücklich ausgeschlossen ist.

Wien, 25. Nov. [Ungarische Kaiserreise. Die Landtagseröffnung. Die böhmischen Föderalisten.] Die Kaiserreise nach Pesth ist jetzt bestimmt auf den 12. Dec. festgesetzt. Die Abwesenheit des Kaisers, der nur mit einem kleinen Gefolge reisen will, soll nur auf 6—8 Tage berechnet sein. Von den Ministern geht kein einziger, auch der Ministerpräsident nicht, mit nach Pesth. Dagegen wird Herr v. Majlath, der ungarische Hofkanzler den Kaiser begleiten. Die feierliche Eröffnung des Landtages findet bestimmt am 14. Dec. statt. — Ueber das Programm der böhmischen Föderalisten bringen sämtliche föderalistische Journale bemerkenswerthe und, merkwürdiger Weise, übereinstimmende Auseinandersetzungen. „Narod“ sagt:

Unsere Nation erwartet und wird es mit aller Macht des guten Rechtes und der innersten Ueberzeugung verfechten, daß man Alles so bewahren werde, wie es das Wohl des Landes auf Grundlage der althergebrachten Selbstständigkeit verlangt. Namentlich erwartet sie, daß bereits die Zeit gekommen sei, in der der Landtag dieses Königreiches alle Befugnisse wieder erlangen wird, welche die althergebrachte, seit Jahrhunderten auf der breiten Basis beruhende, durch die für gemeinsame Angelegenheiten berufene Reichsvertretung jedoch geschmälerte Selbstständigkeit des Landes erbeizt, Befugnisse, die den Landtagen der Königreiche Ungarn und Croatten bereits zugehört wurden, wobei unsere Nation einmüthig erwartet, daß unser Landtag in seiner Rechtsstellung und Gliederung den obengenannten Landtagen nicht nachsehen werde.

Ganz dasselbe wollen für sich die Landtage der übrigen Kronländer und es ist nicht abzusehen, wie bei den widerstreitenden Interessen der diesseits und jenseits der Leitha liegenden Länder die österreichische Regierung zurecht kommen wird. Die Confusion ist unheilbar. Und das ist gut.

„Das Alte fällt, es ändert sich die Zeit, Und neues Leben blüht aus den Ruinen.“

Karlsruhe, 24. November. [Landstände. Herrenhaus. Schulgesetz.] Die Landstände

im Großherzogthum Baden sind auf den 30. Nov. einberufen. Ferner hat das dortige Herrenhaus, in der letzten Zeit, eine Verstärkung erhalten; die bekannten Staatsrechtsgelehrten Mohl und Bluntzli, sowie der Kirchenrechtslehrer Rothe und einige hervorragende Industrielle des Landes sind vom Großherzog zu Mitgliedern ernannt worden. Auch wird die Absicht der Regierung angekündigt, das ganze Schulgesetz, nicht bloß den Theil über die Aufbesserung der Lehrergehalte, den Ständen vorzulegen. Nicht mehr als billig!

Ausland.

Paris, 26. Nov. [Tagesbericht.] Das „Journal des Debats“ bringt einen von seinem Secretär unterzeichneten Artikel über Oesterreich und Preußen und deren Vorgehen gegen Frankfurt. Darin heißt es:

Wenn die frankfurter Behörden sich weigern, den Wünschen Oesterreichs und Preußens nachzukommen, so werden Oesterreich und Preußen, wenn sie darauf bestehen, sich an die einzig competente Behörde wenden müssen, nämlich an den Bundestag. . . Wir können den Cabinetten von Wien und Berlin keine andern Absichten zutrauen, als die sie kund geben, weil es uns widerstrebt, zu glauben, daß man daselbst weder die Rechte Anderer, noch die garantirten Verträge achte und daß man daselbst die Auflösung des deutschen Bundes selbst durch Gewalt bezwecke, auf die Gefahr hin, einen europäischen Krieg herbeizuführen, dessen Folgen denen, welche ihn heraufbeschworen, leicht verderblich werden könnten. Kommt die Angelegenheit vor den Bundestag (und wir können kaum glauben, daß dies nicht geschehen sollte), so wird sie, falls Oesterreich und Preußen bei ihrem Vorhaben beharren, was zu bezweifeln steht, freilich insofern an Bedeutung zunehmen, als wahrscheinlich dann der Bundestag die meisten gegen den Congress der deutschen Abgeordneten, gegen den Sechshunddreißiger-Ausschuß und gegen das dirigirende Comité erhobenen Klagen begründet finden und die Versammlungen derselben in Frankfurt oder in jeder andern Stadt Deutschlands verbieten wird; es läßt sich auch voraussehen, daß man die Gelegenheit benutzen wird, um am Bundestage den Antrag zu stellen, man möge noch einen Schritt weiter gehen und durch strenge Maßregeln das Versammlungs- und Vereinsrecht reglementiren.

Dupin hat seinem Biographen, dem Professor Ortolan, seine reiche Bibliothek vermacht. Die Bibliothek des Advokatenstandes erhält die Collection de tous les arrêts des anciens Parlements, (Sammlung aller Rechtsansprüche der alten Parlements), die einzig in ihrer Art und Dupin von Louis Philippe geschenkt worden ist. — Der „Courrier du Dimanche“ hat so eben wieder eine Verwarnung wegen eines Artikels von Prevost-Paradol über die unerwartete Verurtheilung des „Phare de la Loire“ bekommen. Die Communiqués zählt man nicht mehr; die Blätter fangen allmählich an, unter dem Damoklesschwert der Verwarnungen eine regelmäßige Beantwortung der ministeriellen Noten zu versuchen. Bis jetzt sind diese Antworten z. B. dem „Temps“ und dem „Siècle“ ungestraft hingegangen, aber es ist und bleibt immer ein wahrer

Tanz auf Eiern. — Die Ankunft des dänischen Gesandten in Petersburg, Grafen Otto Pleffen, in Kopenhagen, wird hier allgemein mit dem Wiederauftauchen des vergessenen geglaubten Projectes der Personal-Union in Verbindung gebracht. „France“ und „International“, die beide ihre Informationen vom auswärtigen Amte zu empfangen pflegen, erwähnten in diesen Tagen bekanntlich das fragliche Intriguenspiel gleichfalls. Graf Otto Pleffen gilt nebst dem russischen Gesandten in Kopenhagen, Baron Nicolay, für den eifrigsten Förderer jenes zweifelhaften Planes. — König Victor Emanuel soll, wie man hier versichert, bei seiner jüngsten Anwesenheit in Turin nicht unbedenklich erkrankt sein, während Prinz Napoleon mit seiner Gemahlin im strengsten Incognito einen Besuch in Florenz abgestattet habe. — Einer Correspondenz des „Temps“ zufolge, ist es keineswegs die Republik Chisi gewesen, welche die Intervention der europäischen Mächte in ihrem Streite mit Spanien in Anspruch genommen hat. Dies hat seine vollkommene Richtigkeit. Es ist Spanien gewesen, welches von Nordamerika ernstlich bedrängt, dazu geschritten ist. Nach dem „Bays“ ist es übrigens sicher, daß diese Angelegenheit auf friedliche Weise beigelegt wird und England die Rolle des Vermittlers übernommen hat.

* London, 25. Nov. [Mr. W. Forster. Reform-Meetings. Fenierprozeß. Stephens's-Aufregung in Dublin. Kabinetts-verlegenheiten. „Saturday Review“ über das herrschende System. Preß-Stimmen über Jamaica. Aufstand unterdrückt.] Mr. W. Forster hat, dem „Globe“ zufolge, das Colonial-Unter-Staatssecretariat übertragen bekommen und dieses Amt angenommen. — In Bradford wurde eine große Volksversammlung zur Besprechung der Parlamentsreform abgehalten, ebenso in Birmingham. In ersterer war der Hauptredner Mr. Forster, der neu ernannte Colonial-Unter-Staatssecretär und parlamentarische Vertreter von Bradford, die letztere wurde von der nationalen Reformliga geleitet. Die Frage, wo die Grenzen einer Ausdehnung des Wahlrechts zu ziehen seien, beantwortete Herr Forster nur allgemein: „Was uns noth thut, ist ein Gesetz, welches den arbeitenden Klassen ihren Antheil giebt. Nicht den Antheil, meine ich, welchen sie wohl schließlich erringen werden, nicht einen überwältigenden Antheil; aber doch einen reellen Theil, der die bevorstehende Reform zu einer Aera in der Geschichte unseres Landes machen wird.“ Die vorgeschlagenen Resolutionen, welche den Premier zur Einbringung einer durchgehenden reformatorischen Maßregel und zur Vermeidung jeder Verzögerung eines solchen Schrittes auffordern, wurden unter großem Beifalle angenommen; sie werden mit einer Denkschrift dem Earl Russell durch eine Deputation überreicht werden. Die Birminghamer Versammlung gab dem Kabinet Russell-Gladstone ein Vertrauensvotum und sprach sich für allgemeines Stimmrecht (nur durch eine gewisse Frist der Anzähligkeit beschränkt) aus. John Bright war zu Theilnahme an den Verhandlungen eingeladen worden, lehnte aber brieflich ab, weil er schon zugesagt habe in der ersten Woche des December einer Reformversammlung in Birmingham beizuwohnen; sonst würde er die Einladung gerne angenommen haben. — Der Fenierprozeß nimmt riesige Dimensionen an. Die „Times“ schreiben: „Die Fenier ergreifen jetzt die Offensive und schreiten zum Angriffe mit einem Muthe, der ihre Gegner wohl verlegen machen und die zwölf Richter in Verwirrung bringen könnte, da dieselben, seit sie im Richterstuhle sitzen, eine solche Fluth politischer Prozesse nicht gesehen haben. Die Angeklagten lehnen sich gegen den Lord-Statthalter, gegen die Polizei, gegen Sir John Gren.“ Von den Verteidigern der Angeklagten ist Alles versucht worden, dem Kauf der Dinge Einhalt zu thun. So hat der Advokat But im Namen Luby's, O'Leary's und O'Donovan's beim 1. Gerichtshofe in Dublin einen Antrag gestellt, dessen Annahme die drei Angeklagten der Untersuchung der Specialcommission entzogen hätte. Der Antrag, der durch die Behauptung der Unmöglichkeit einer unparteiischen Untersuchung in Dublin motivirt war, wurde jedoch

abgewiesen. — James Stephens, angeblich das Haupt der Fenier in England, dessen Elasticität des Geistes von Niemandem bestritten wird, hat auch eine solche des Körpers bewiesen, indem er unter schwierigen Umständen aus seiner Gefängniszelle entflohen ist. Es sind hohe Preise auf seine Habhaftwerdung gesetzt worden; er soll in einem Fischerboote glücklich auf die hohe See entkommen sein. — In Dublin herrscht große Aufregung. Man denkt an Verstärkung der Garnisonen und Befestigung der Forts und spricht wieder viel von den geheimnißvollen Schiffen, die man im irischen Kanal erspäht haben will. Die wildesten und verschiedenartigsten Gerüchte gehen von Mund zu Mund. — In der Kabinettsbildung obwalten ungewisshafte noch große Schwierigkeiten. Darauf deutet schon die große Anzahl der jüngst gehaltenen Minister-Berathungen. Mit der Aufnahme Fortescue's und Göttschen's in die Verwaltung ist man so ziemlich allgemein zufrieden. Doch ist Earl Russell damit noch lange nicht aus der Verlegenheit. Die Schwierigkeiten sitzen zu tief; die Schuld liegt nicht so fast an diesem oder jenem einzelnen Manne, sondern an dem einmal herrschenden System. Neufährst einsehend und scharf verurtheilend spricht sich darüber die „Saturday Review“ aus. Sie sagt unter Anderem:

Kein Wunder, daß Lord Russell und Mr. Gladstone in Verlegenheit sind. . . . Das System ist freilich so schlimm. Es ist in dem Stadium angelangt, wo Jedermann anerkennet, daß es nicht zu vertheidigen ist, und daher wird man es niemals ändern. . . . Wir haben es nicht mit einem oder zwei Staatsmännern zu thun, die eins bedeutend waren und sich überlebt haben, sondern wir haben eine Gruppe von Ministern auf dem Halbe, die nie in irgend einem Kabinet hätten sitzen sollen und nur, Dank der gebieterischen Etiquette der Parteilichkeit, sich halten. So lange sie in einem verhältnismäßig jugendlichen Alter standen, war das Uebel weniger schreiend, weil milde oder sanguinische Kritiker immer prophezeihen konnten, daß sie im Alter sich in unerwarteter Weise entwickeln würden. Die Zeit hat jetzt gelehrt, daß ihr geistiger Boden an hoffnungsloser Unfruchtbarkeit leidet.

Dann fährt sie fort: Wer einmal im Kabinet ist, bleibt im Kabinet. — Diese Regel hat wenige Ausnahmen, und gar keine Ausnahmen bei Männern, die zufällig aristokratische Verbindungen haben. Es scheint unser Schicksal zu sein und wir können ihm nicht widerstehen. Das Haus der Gemeinen hat keine Autorität in Bezug auf die Ernennung einzelner Minister. Es kann gegen die Herrschaft einer besondern Partei oder selbst gegen die Regierung eines besondern Premiers Einwendungen erheben. Es kann eine Politik verwerfen oder aber ein Individuum, das sich gräßlich vergangen hat, seinen Tadel aussprechen. Aber es hat nicht die Macht, das Ulntraut eines Kabinetts anzuzüchten. Nach der Definition eines Enikers ist das bestmögliche Kabinet ein Löwe, der an der Spitze von einem Dutzend Hühnlein steht; und ohne Zweifel kann ein solches Kabinet, wenn nicht Tüchtiges leisten, doch sich halten. So lange der Löwe seinen Ruf behauptet, sitzen die zwölf Hühnlein, unter gewöhnlichen Umständen, fest im Sattel. Nur eine Krise wie die jetzige, und die Drohungen eines Mißvergnügens wie Mr. Bright können die Sicherheit ihres erworbenen Rechtes erschüttern. Da wenig Aussicht vorhanden ist, diese im Versteckten stehenden Klagen ganz los zu werden, wäre es eine ziemlich interessante Frage, wie sie hineingekommen sind, um so mehr, als keine politische Partei von ihnen frei ist. Die neuern Ereignisse haben der Zusammensetzung von Lord Derby's Partei ein bloß speculatives Interesse verliehen, denn kein noch so ecentrischer politischer Prophet wagt es als wahrscheinlich voranzusehen, daß Lord Derby je wieder an's Ruder berufen werden wird. —

Bezüglich des Regeeraufstandes auf Jamaica wird in der Presse ein heftiger Kampf über das Verhalten Dr. Underhill's und den Bericht des Gouverneurs Eyre geführt. „Spectator“, „Daily News“ und „Star“, aber diesmal auch „Advertiser“, „Ball-Mall-Gazette“ und „Saturday Review“ wenden sich gegen die Angriffe von „Times“, „Post“ und „Herald“, auf Dr. Underhill und kennzeichnen die Theorie von der „moralischen Mitschuld“ Underhill's und den „constructiven Verrath“ Gordon's als despotisch. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die ganze Darstellung der Vorgänge einseitig und die Schwarzen noch nicht gehört worden seien. „Ball-Mall-Gazette“ sagt, daß sowie man bei Gelegenheit des indischen Aufstandes zuletzt richtig erkannt habe, daß der Fortbestand des indischen Reiches den guten Willen der Eingeborenen zur

unerläßlichen Bedingung habe, man auch jetzt den Muth haben müsse, diese Rücksichten auch auf Jamaica anzuwenden. „Sat. Rev.“ beurtheilt die Depeche des Gouverneurs Eyre ähnlich wie „Daily News“. Sie will hoffen, daß Eyre bloß aus Ungeschicklichkeit verfehlt habe, den Leser von der Richtigkeit seiner Annahmen und der Gerechtigkeit seiner Maßregeln zu überzeugen; aber Gordon's Hinrichtung kommt ihr sehr spanisch vor. Wegen politischer Reden, die ein Beamter aus eigener Machtvollkommenheit als „aufrehrerisch“ stempelt, hätte man auch nach dem ersten Ausbruch in Irland Mr. O'Connell aufhängen können, oder könnte man Dr. Bright hinrichten. Uebrigens — meint sie spöttisch — war Gordon, trotz einer Beimischung afrikanischen Blutes in seinen Adern ein Mann von Erziehung, ein Volksvertreter, Kirchenvorstand, Demagoge und, laut der Meinung des Kriegsgesichts, ein schlauer Verschwörer. Gegen eine Race, die solche Insurgenten hervorbringt, sollte man nicht voreilig einen blinden Kreuzzug predigen. — Die „London Review“ nimmt den Gouverneur Eyre theilweise in Schutz, indem sie den Leser ersucht, sich in die bedrohte Lage der Weißen auf Jamaica hineinzuversetzen und zu erwägen, daß der energische Sinn des Gouverneurs jedenfalls die Insel gerettet habe; allein die Hinrichtung Gordon's kann sie doch nicht umhin zu bedauern, ebenso wie sie die Ausfälle gegen Dr. Underhill mißbilligen muß. — Auch das juristische Fachblatt „The Solicitors Journal“ verdammt die Hinrichtung Gordon's und bezeichnet sie als Mord. — Die Admiralität erhielt über Cuba die Meldung, daß auf Jamaica der Aufstand vollständig unterdrückt und Truppenentsendungen überflüssig seien.

* Italien. [Die Opposition im Parlament. Crispi. Prinz Napoleon. Rom.] Die Oppositionsmitglieder in Florenz haben in ihrer ersten Parteiversammlung einen Ausschuß von sechs Personen gewählt, welcher ihr Programm auszuarbeiten soll. Diesen Sechser-Ausschuß bilden: Calvino, Cipriani, Crispi, de Boni, de Luca, Machi und Nordini. Eine Rede, welche Crispi so eben an seine Wähler in Citta di Castello gehalten, dürfte die wesentlichen Punkte dieses Programms bereits vorab erkennen lassen. Vor Allem verlangt Crispi die volle Einheit Italiens mit Rom als Hauptstadt. Jedoch sagt er vom September-Vertrage, daß derselbe keine Annullirung der Rechte Italiens einschließe, sondern nur eine neue zu überwindende Schwierigkeit bilde, indem er der Nation höhere Verpflichtungen auferlege. Es ist also hiernach die Voraussetzung gerechtfertigt, daß die Opposition nichts verlangen wird, was der genaueren Beobachtung der Convention widerspricht. In Bezug auf die innere Politik äußert sich Crispi gegen die bisherige administrative und militärische Eintheilung des Landes: er verlangt eine Municipal-Verfassung, welche unter Beseitigung der künstlich geschaffenen Provinzen nur die Gemeinde und den Staat bestehen lasse. Er beruft sich auf das Beispiel Englands, vergißt aber zu sagen, wie man in Italien die in England vorhandenen Vorbildungen in der Geschwindigkeit aus der Erde zaubern könne. Die großen finanziellen Bedürfnisse Italiens giebt er zu, aber er verlangt, daß man die Steuern auf das unumgänglich Nothwendige beschränke und sie von dem Einkommen und nicht vom Capital erhebe. Auf eine Interpellation in Betreff Venetiens antwortete Crispi durchaus kriegerisch, indem er meinte, daß Italien sich noch durch einen großen und ersten Krieg seine militärischen Sporen verdienen müsse. Kaum daß er zugeht, daß man eine günstige Gelegenheit abwarten müsse, er verlangt von einem Ministerium, wie es sein soll, daß es diese Gelegenheit sich selbst zu schaffen wisse. — Prinz Napoleon ist über Brescia in Mailand eingetroffen. Er scheint mit seinem Schwager noch eine Unterredung haben zu wollen. — Die italienische Thronrede erweckt zwar in Rom die alten Befürchtungen auf's Neue, Victor Emanuel werde seine Minister gewähren lassen; jedoch äußerte ein hochgestellter geistlicher Würdenträger im Vatican in Betreff des Königs: „Die Zunge sprach's, das Herz weiß nichts davon.“ Man glaubt, also jetzt seiner, „als getreuen Sohnes der Kirche“, mehr sicher zu sein, als früher.